



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/107 - 9.5.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Vor den Kommunalwahlen im Saargebiet	S. 1
Automation - Streikursache/Bericht aus England	S. 3
Der Kampf um die Kriegsopferversicherung	S. 5
Abschluss der Regierungsbildung in Stuttgart	S. 7

Zwölf Parteien - 680 000 Wahlberechtigte

ap - Saarbrücken

Nach fast sieben Jahren werden am kommenden Sonntag im Saargebiet die Gemeinde- und Kreisräte neu gewählt. 12 Parteien sind in den Wahlkampf gestiegen. 680 000 Wahlberechtigte sollen in 344 Gemeinden 4.492 Gemeinderatsmitglieder und in sieben Landkreisen 150 Kreisratsmitglieder wählen.

Der Wahlkampf wird im wesentlichen von den Parteien der Regierungskoalition (SPD, CDU, DPS) bestimmt. Die bisherige Volkspartei des früheren Ministerpräsidenten Hoffmann hat in 211 Gemeinden Listen aufgestellt. Die übrigen Parteien reichen in ihrer Bedeutung nicht über die Gemeinde- oder Kreisgrenzen hinaus.

Das politische Klima hat sich zur Siedehitze gesteigert. Die Auseinandersetzungen erfolgen weniger auf kommunalpolitischem Gebiet, sondern stehen in erster Linie im Zeichen aussenpolitischer Fragen: Saarverhandlungen, Wiedervereinigung. Die SPD-Saar ist bemüht, den Wahlkampf auf seine eigentliche Bedeutung, die Kommunalpolitik, zu beschränken. In der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien ist sie freilich nicht selten gezwungen, diesen selbst gesteckten Rahmen zu verlassen.

Obwohl gerade an der Saar Prognosen noch immer gewagt waren, ist die SPD zuversichtlich. Die Wahlversammlungen sind durchschnittlich gut besucht. Das Hinführen auf die kommunalen und aussenpolitischen Fragen, die bewusste Mäßigung in der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern

hat viele nachdenklicher gestimmt und nüchterner werden lassen. Die von Arbeitsminister Kurt Conrad verlangte und vom Landtag verabschiedete Feiertagsbezahlung, seine Forderungen: Gleiche Sicherung des Lebensabends für Arbeiter, Angestellte und Beamte, gerechter Anteil aller Schaffenden an dem Sozialprodukt! wiegen schwerer als hohle Phrasen.

Sicher, gerade an der Saar, wo sich erst vor einigen Monaten eine entscheidende Neuordnung vollzogen hat, haben nationale Leidenschaften eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Die Stimmung vom 23. Oktober 1955 klingt noch immer nach, und gerade die Demokratische Partei Dr. Schneiders versteht es, unter Einsetzung aller propagandistischen Möglichkeiten daraus Kapital zu schlagen, wohl in der Hoffnung, schon jetzt den Boden für die kommende Auseinandersetzung bei den nächsten Bundestagswahlen vorzubereiten. Ob allerdings die Rechnung der DPS aufgehen wird, ist fraglich, denn mehr und mehr weicht auch in der Bevölkerung die gefühlsbetonte Argumentation der verstandesmäßigen Überlegung: Was gewinnen oder verlieren wir bei der zu erwartenden Angliederung an die Bundesregierung? Auf die Beantwortung dieser Frage, auf die Realisierung der SPD-Forderung, die sozialen Verhältnisse schon jetzt und bei einer Angliederung erst recht, wesentlich besser zu gestalten, konzentriert sich die SPD-Saar mit Kurt Conrad und Friedrich Regitz an der Spitze. - Angriffe aller Heimatbund-Parteien richten sich vor allem gegen die CVP Johannes Hoffmanns, der nochmals die Sünden der Vergangenheit vorgehalten werden, die sie heute schamhaft zu verschweigen versucht.

Nachdem die von interessierten Bonner Parteipolitikern in die Wege geleiteten Einigungs-Bestrebungen zwischen CDU und CVP gescheitert sind, stehen die beiden sich christlich nennenden Parteien an der Saar als erbitterter Gegner gegenüber, und zwar nach dem alttestamentarischen Motto: "Aug um Aug, Zahn um Zahn!" Hass ist an die Stelle der sonst propagandistisch gepflegten Nächstenliebe getreten.

Das Hirtenwort der Bischöfe von Trier und Speyer hat seinen Zweck, unter anderem beruhigend und versöhnend zu wirken, verfehlt. Ein Brückenschlag zwischen CDU und CVP ist, wenigstens im Augenblick, nicht möglich. Erst der Ausgang der Gemeinderatswahlen wird darüber Aufschluss geben, ob und in welchem Ausmasse es der CDU gelungen ist, die CVP zu dezimieren, die im saarländischen Landtag mit 12 Abgeordneten noch als drittstärkste Partei vertreten ist.

Um das Recht auf Beschäftigung

E.A. - London

Ein Streik, der bei einiger Voraussicht nicht hätte ausbrechen brauchen, dominiert die innerpolitische Szene in Grossbritannien. Über elftausend Arbeiter der Standard-Automobil-Werke in Coventry streiken, um Kurzarbeit zu erreichen, damit 3 500 Arbeiter während der Reorganisation des Betriebes nicht entlassen werden. Die Standard-Werke stellen ihre Traktoren-Produktion auf einen automatischen Arbeitsgang um. Die im Traktoren-Werk beschäftigten Arbeiter sollten während der Sommermonate entlassen werden, während die automatische Ausrüstung installiert wird. Darüber hinaus hatte die Werkeleitung wissen lassen, dass nach der Automatisierung des Werkes nicht alle Arbeiter wieder eingestellt werden könnten.

Die Arbeitnehmer schöpften Verdacht, dass Automation auf ihre Kosten, unter Verlust des Arbeitsplatzes für viele, eingeführt werden sollte. Ihr Verdacht wurde durch die Worte des Betriebsdirektors, Mr. Alick Dick, bestätigt, der rundweg erklärte: "Wir geben nicht 4 Millionen Pfund (48 Millionen D-Mark) für Neuausrüstung aus, um dieselbe Anzahl von Arbeitnehmern zu beschäftigen. Wir können nicht Leute zum Spass mitschleppen". Mit anderen Worten, die Direktion will bestimmen, unter welchen Bedingungen die automatische Fabrik für Traktoren funktionieren soll, ohne die Arbeiter und ihre Vertretungen zu befragen.

Keine Maschinenstürzer

Die Streikenden sind keine Maschinenstürzer wie die schlesischen Weber in Gerhard Hauptmanns Weber-Drama, die sich dem Gang der Entwicklung entgegenstemmen wollen. In den britischen Häfen bewältigt heute dieselbe Anzahl von Dockarbeitern anderhalb mal soviel Einfuhr - und doppelt soviel Ausfuhrwaren wie im Jahre 1938 dank der Installierung moderner Verladeeinrichtungen. In den Fordwerken in Dagenham und den Vauxhall-Werken in Luton wurden automatische Arbeitsgänge installiert, ohne dass es zu Arbeitskonflikten gekommen wäre. Nur besteht der Unterschied, dass Ford und Vauxhall keine Absatzschwierigkeiten haben und ihre Produktion erhöhen können und somit die gleiche Anzahl von Beschäftigten weiterarbeiten lassen, während die Standardwerke Absatzschwierigkeiten haben. So sind auch die Streikenden der Standardwerke sich dessen bewusst, dass Automatisierung die Produktivität erhöhen,

die Produkte verbilligen und den Arbeitsgang und somit die Mühe der Arbeiter erleichtern kann.

Es besteht alle Aussicht, dass der Streik in Coventry zu einer wahren Kraftprobe zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft sowie zu einem Präzedenzfall der Arbeits- und Sozialpolitik im Zeitalter der Automation zu werden. Mr. Dick und die Direktion der Standard-Werke sind entschlossen, es hart auf hart ankommen zu lassen und den Streikwillen zu brechen. Die Streikenden finden die weiteste Sympathie in der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften werden mit ihrer ganzen Macht auf ihre Seite treten. Der Standpunkt der britischen Gewerkschaften zur Einführung automatischer Fabriken lässt sich dahin präzisieren: Konsultationen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung sollten sicherstellen, dass Automation wirkungsvoll durchgeführt wird, ohne unbillige Härten zu verursachen. Arbeiter, die überzählig werden, sollten gemeinsam betreut, eventuell auf andere gleichwertige Berufe umgeschult werden.

Mitverantwortung der konservativen Regierung

Verantwortlich für den Ausbruch des Streikes sind nun allerdings nicht ausschliesslich die Herren der Standardwerke. Die konservative Regierung trägt die Mitverantwortung. Seit Monaten hat die Labouropposition im Parlament die Regierung bedrängt, eine aktive Arbeitspolitik im Hinblick auf drohende Arbeitslosigkeit in einigen Industriezweigen, besonders in der Automobilindustrie, zu betreiben. Arbeitsminister Iain Macleod hat kühl jede Regierungsintervention abgelehnt. Seiner Ansicht nach haben die Arbeitgeber allein das Recht, zu bestimmen, wieviel Arbeitnehmer sie beschäftigen wollen. Auch zum Streik in den Standardwerken hat er diese Meinung beibehalten; es sei eine reine Auseinandersetzung zwischen Direktion und Werksangehörigen, in die sich die Regierung nicht einmischen wolle. Handelte es sich um einen bedeutungslosen Einzelfall, dann könnte ihr das nachgesehen werden. Aber es handelt sich hier um eine prinzipielle Auseinandersetzung, um die erste Kraftprobe, der ungezählte folgen müssen. Denn der Übergang zur automatischen Fabrik ist zur Notwendigkeit für die britische Industrie geworden. Dieser Prozess wird an Breite und Beschleunigung zunehmen. Geht es heute nur um die Befürchtungen einiger Tausend Automobilarbeiter in Coventry, so wird es sich morgen um die arbeitsrechtliche Sicherstellung von

Millionen britischer Arbeiter handeln. Die Ereignisse in den Standardwerken in Coventry werden das Musterbeispiel dafür abgeben, wie sich die zweite industrielle Revolution, die mit voller Wucht unter Anwendung von Automation und atomarer Energie anläuft, abwickeln wird. Keine Regierung kann dem untätig zusehen oder aber, wie Iain Macleod es tut, dass der Arbeitgeber Herr im Hause sein müsse. Denn das wäre soziale Anarchie anstelle von gesellschaftlicher Planung.

* * *

5. Novelle - ein Erfolg der SPD

sp. Der Deutsche Bundestag hat der fünften Novelle zur Kriegsversorgung einstimmig seine Zustimmung gegeben. Diese Einstimmigkeit aber sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass das jetzt vorliegende Ergebnis der Bundesregierung und der Regierungsparteien in langen Monaten abgerungen worden ist; dieser befriedigende Abschluss ist in erster Linie ein Verdienst der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion.

Zum Verständnis muss man sich den Ausgangspunkt der Kriegsvopfer-Debatten vor Augen halten. Als erste hatte die sozialdemokratische Bundestagsfraktion einen Gesetzesantrag vorgelegt, der in den Bruttoansätzen in etwa dem entsprach, was in dieser Woche der Bundestag bewilligt hat. Erst diese Initiative veranlasste die Bundesregierung und später auch die Koalitionsparteien, ihrerseits Novellen einzubringen. Diese Novellen aber waren eine Zumutung für die Kriegsvopfer. Die Bundesregierung wollte ursprünglich für diesen Zweck nur 141 Mio DM zur Verfügung stellen. Sie hatte keinen Pfennig für die Erhöhung der so wichtigen Grundrenten übrig, und wenn diese Vorlage Gesetz geworden wäre, so hätten insgesamt nur etwa 10 % der Kriegsvopfer eine Rentenaufbesserung zu erwarten gehabt.

Die Regierungsparteien haben sich in den ersten Monaten des Ringens um die fünfte Novelle nicht viel anders verhalten. Sie brachten zwar gegenüber dem Regierungs-Vorschlag geringfügige Verbesserungen an, aber nach dem damaligen Abschluss der Ausschussarbeiten hatte die Novelle nur einen Finanzaufwand von rund 180 Mio DM aufzuweisen. Auch diese Summe konnte nicht im mindesten den berechtigten Belangen der Kriegsvopfer gerecht werden.

Gerade in dieser deprimierenden Situation hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ihre Anstrengungen verdoppelt, um einmal - 6 -

das Versagen der Bundesregierung und der Mehrheitsparteien aufzuzeigen und zum anderen neue konstruktive Wege zu weisen. Im Februar und März 1956 verging praktisch nicht ein Tag, an dem die Opposition nicht durch Presseerklärungen oder Reden ihrer Abgeordneten dieses geplante Unrecht an den Kriegsoptionen der Öffentlichkeit unterbreitet hat.

Dieser hartnäckige Kampf, der das volle Verständnis der Kriegsoptionen-Organisation fand, wurde schliesslich von Erfolg belohnt. Die Koalitionsparteien zuerst und später auch die Bundesregierung wurden zum Nachgeben gezwungen. Aber auch dann war es noch schwer, in jedem einzelnen Paragraphen der Mehrheit die jetzt beschlossenen Verbesserungen abzurufen.

Selbst in der Frage des Inkrafttretens wurden schliesslich die Bundesregierung und die Regierungsparteien gezwungen, nachzugeben. Noch einen Tag vor der zweiten und dritten Lesung beschloss die Mehrheit, die Novelle erst zum 1. 7. 1956 in Kraft treten zu lassen. Ein solcher Beschluss hätte bedeutet, dass sich der Finanzaufwand für die fünfte Novelle bei einem Inkrafttreten am 1. Juli 1956 auf 580 Mio DM. und bei einem Inkrafttreten am 1. Oktober 1956 auf 386 Mio DM in laufenden Haushaltsjahr verringert hätte. Die Sinnesänderung der Koalition kam erst fünf Stunden vor der zweiten und dritten Beratung im Plenum zustande, einfach, weil diese Parteien merkten, dass sie bei einem Beharren auf ihren Beschlüssen ihren letzten Kredit bei den Kriegsoptionen verloren hätten.

Nun, ist es durchaus nicht so, dass die sozialdemokratische Bundestagsfraktion voll und ganz befriedigt wäre. Sie hätte weit lieber gesehen, wenn ihren Anträgen voll entsprochen worden wäre, die noch eine weitergehende Verbesserung der Grundrenten vorsahen und sie wäre glücklich darüber gewesen, wenn das monatelange Tauziehen nicht doch teilweise auf dem Rücken der Kriegsoptionen ausgetragen worden wäre, in dem man nicht den versprochenen 1. Januar, sondern nur den 1. April 1956 für das Inkrafttreten der Novelle akzeptiert hätte. Trotzdem ist das Ergebnis der fünften Novelle im allgemeinen befriedigend. Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien aber haben angesichts der Entwicklung nicht die geringste Veranlassung, sich nun mit Lorbeer zu unkränzen. Sie sollten vielmehr beschämt eingestehen, dass sie erst nach harten Kämpfen den Belangen der Kriegsoptionen entsprochen haben. Diese Beratung aber hat wieder einmal bewiesen, wie wichtig es ist, dass im Deutschen Bundestag eine konstruktive Opposition sitzt, die soziale Belange zum Leitbild ihrer Politik hat. * * *

Wieder 12 Regierungsmitglieder

Dr. Stuttgart

Der Landtag von Baden-Württemberg hat am Mittwoch die neue Landesregierung gebildet, um die zwar fünf Wochen zäh gerungen wurde, die aber keinen einzigen Minister weniger zählt als vordem. Das Kabinett besteht wieder aus einem genauen Dutzend, von denen die CDU sechs Mitglieder stellt, während die SPD mit drei, die FDP mit zwei und der BHE mit einem Minister beteiligt ist. Die Parteien haben zudem die gleichen Ministerie erhalten wie zuvor. Es hat sich in der Tat nichts geändert, was den Besitzstand betrifft. Der einzige neue Name im Kabinett ist Victor Renner, der anstelle des hochgeschätzten und dienstältesten Ministers in der Bundesrepublik, Fritz Ulrich, das Innenministerium übernommen hat.

Im Lande wird für längere Zeit nicht vergessen sein, dass CDU und SPD die Regierungsverhandlungen mit einer Sechser-Lösung begonnen hatten und dass diese Verkleinerung des Kabinetts an dem sturen "Njet" der Freien Demokraten scheiterte. Sie stellten sich auf den Standpunkt, dass eine Regierungsbeteiligung für sie nur in Frage stehe, wenn mindestens zwei von ihnen ein Ministeramt erhalten. Sie wollten ihren seitherigen Besitzstand unter allen Umständen wahren. Zwei von zwölf, so meinten sie, sei mehr als eins von sechs. Dieser Standpunkt war zwar mathematisch nicht zu begründen, weil zwei Zwölftel nun mal das gleiche ist wie ein Sechstel, er wurde der FDP aber dennoch abgenommen. Das lag an dem begreiflichen Wunsch vieler Sozialdemokraten, nicht ohne die FDP zu regieren. Die FDP kalkulierte diese Überlegung ein und zeigte sich hart und unnachgiebig. Hät e sie nur mit gleicher Entschiedenheit in sachlichen Dingen gefochten, die Meinung, auch ohne sie auszukommen, wäre nie aufgetaucht. -

Spannungsgeladene FDP

Die kurvenreiche Politik der Freidemokraten hatte in den letzten Jahren besonders den Sozialdemokraten geschadet. Aber auch CDU-abgeordnete klagten darüber, dass man so selten wisse, wie die Mehrheit der FDP abstimmen werde. In den Zeiten der kleinen Koalition gab es zwei oder drei, die man im Parlament "unsichere Kantonisten" nannte, heute gibt es zu den meisten Fragen in der FDP zwei Meinungen. Sie halten sich gewöhnlich die Waage, so dass sie SPD und CDU gleichermassen unterstützen. Nur einmal gab es eine geschlossene Front in der FDP: bei der Verabschiedung des Privatschulgesetzes.

In dieser Situation, vier Wochen vor den Landtagswahlen, muss -8-

es in der FDP einen Fraktionszwang gegeben haben. Denn die für ihre zweigespaltene Meinung sprichwörtlich gewordenen Freien Demokraten stimmten wie ein Mann für jene Gesetzesfassung, die die Neugründung katholischer Privatschulen fast heraufbeschwor und dem Sinn der Landesverfassung eigentlich nicht gerecht wird. Sie leisteten der CDU Schützenhilfe bis zur Selbstaufopferung. Sie fügten der SPD zugleich eine Wunde zu, deren Heilung viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

Auch sonst hat sich einiges getan, an dem die Freien Demokraten in Baden-Württemberg nicht vorübergehen sollten. Da ist die Wiedergutmachung und die konkret gestellte Frage, ob sie im Justizministerium, da der FDP-Landesvorsitzende Dr. Wolfgang Haussmann nun weiterhin leiten wird, wirklich gut aufgehoben ist? Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Alex Köller, hat die "juristische Griffelspitzerei", die um sich gegriffen hat, schon in seiner Etatrede scharf gerügt und dem Justizministerium Anfang April eine Denkschrift überreicht, die neben handfesten Formulierungen in der Präambel anhand von 21 konkreten Fällen nachweist, wie formalistisch diese wichtige Frage der Wiedergutmachung von dem verantwortlichen Minister angefasst wird. Diese Kritik wird nicht erlahmen.

Die CDU wiederum, die von einer Regierungsmitarbeit der FDP profitieren dürfte, schien innerhalb der Regierungsverhandlungen, nach allem was durchgesickert ist, einen harten Partner, den man mehr Zugeständnisse machen müsste, einen weichen, auf den nie ganz Verlass ist, vorzuziehen. Sicherlich war das nur eine der vielen Überlegungen, die in den Verhandlungen drin waren, aus politischen Gründen, die über das Land hinausreichen, aber nicht weiter verfolgt wurden.

Eines ist unbestritten: ohne die starre Besitzstandforderung der FDP wäre es zu einer Regierung zwischen CDU, SPD und FDP gekommen, die nur sechs stimmberechtigte Minister gehabt hätte. Der FDP wäre dann die schwer Entscheidung zugefallen, wen sie opfern wollte: Dr. Karl Frank und damit das wichtige Finanzministerium oder ihren Landesvorsitzenden Dr. Wolfgang Haussmann und das Justizministerium. Weil die FDP diese Frage nicht beantworten wollte, gibt es heute in Baden-Württemberg nicht sechs, sondern wieder zwölf Kabinettsmitglieder.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau